

An den
Vorsitzenden des
Nationalen Begleitgremiums
Herrn Prof. Dr. Klaus Töpfer
Bismarckplatz 1
14193 Berlin

Ahaus/Jülich, den 09.08.2019

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Töpfer,

die Unterzeichnenden haben für die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V. und das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich an der 26. Sitzung des Nationalen Begleitgremiums am 19. Februar 2019 in Jülich teilgenommen. Auf dieser Veranstaltung hat Herr Printz von der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) den Stand der Entwicklung bei den sogenannten „3 Optionen“ für den künftigen Verbleib der Kugel-Brennelemente aus dem stillgelegten AVR in Jülich vorgestellt. Zum Stand der „Option Neubau eines Zwischenlagers in Jülich“ hat er dabei unter anderem die für uns wie wohl für die meisten Teilnehmenden überraschende Information gegeben, dass das bereits im Jahr 2012 dafür ausgewählte Grundstück mit Datum vom 8.11.2018 durch das FZJ zurückgezogen worden sei (Vgl. dazu auch die PowerPoint-Präsentation von Herrn Printz, S.49, die ja bis heute auf der Webseite des NBG zu finden ist). Zwar werde nun, so Printz auf unsere Nachfragen, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von FZJ und JEN nach einem neuen Grundstück gesucht, jedoch die gerade erst positiv abgeschlossenen Untersuchungen (UVP, Erdbebensicherheit) für das bisherige Grundstück müssten dafür neu erstellt werden, was zu einer weiteren mehrjährigen Verzögerung bei der eventuellen Erstellung eines neuen Zwischenlagers am Standort Jülich führen werde.

Diese Information ist in den nachfolgenden Tagen und Wochen mehrfach durch FZJ und JEN bestätigt worden, wenn auch mit teils unterschiedlichen Begründungen: Während Herr Printz in der NBG-Veranstaltung am 19.02. auf Nachfrage erklärte, dass das FZJ das Grundstück für andere Zwecke benötige, erhielt der WDR am selben Tag vom FZJ die Begründung, dass das Grundstück aufgrund neuer (sicherheitstechnischer) Vorschriften nicht mehr geeignet sei (vgl. „Westblick“, WDR 5, vom 19.02.19). In den nachfolgenden Wochen wurde letztere Version mehrfach von Vertretern des FZJ oder von JEN gegenüber den Medien wiederholt.

Auf einer Podiumsdiskussion in Ahaus am 26.02.19 über die Zukunft des Zwischenlagers in Ahaus wusste allerdings der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Dr. Flasbarth, angeblich nichts von der Grundstücksrücknahme. Damals habe wir uns dies noch mit der Unwissenheit des Staatssekretärs, der auch in anderer Hinsicht nicht gerade gut auf die Diskussion vorbereitet war, erklärt. Jetzt aber behauptet die Bundesregierung 5 Monate später in einer aktuellen Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ des Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer, dass es niemals eine Rücknahme des Grundstücks gegeben habe: „Nach Kenntnis der Bundesregierung trifft es nicht zu, dass das Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ GmbH) die Bereitstellung des Grundstücks zur Errichtung eines möglichen atomaren Zwischenlagers zurückgezogen hat.“ (Bundestagsdrucksache 19/11905 vom 24.07.2019)

Wir fragen uns: Wie kann das sein? Die Bundesregierung ist mit verschiedenen Ministerien in den Aufsichtsräten von FZJ und JEN vertreten und muss von daher über deren Beschlüsse informiert sein. Mehr noch, es ist keine Entscheidung des FZJ ohne die Zustimmung, wenn nicht gar die Initiative von Vertretern der Bundesregierung denkbar.

Wer also sagt hier die Unwahrheit? Und welche Interessen verbergen sich dahinter?

Auf der Sitzung am 19.02. wurde von Mitgliedern des NBG angekündigt, der Frage nachgehen zu wollen, wie es zu der Entscheidung des FZJ gekommen sei. Wir wissen nicht, ob das erfolgt ist und ob die eventuelle Nachfrage zu einer Antwort geführt hat. Das bereits im Februar nicht zu übersehende widersprüchliche Verhalten verschiedener öffentlicher Einrichtungen (siehe dazu auch das Protokoll der Sitzung) ist jedenfalls durch die neueren Äußerungen noch einmal mehr zugespitzt worden. Offenbar wird hier mit allen möglichen Tricks gearbeitet. Welche Intentionen sich auch immer dahinter verbergen: Zur Vertrauensbildung tragen sie ganz bestimmt nicht bei!

Wir bitten hiermit Sie und das NBG, dieser Angelegenheit nachzugehen und uns baldmöglichst darüber zu informieren, was die Nachforschungen ergeben haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Marita Boslar (Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich)

Mechtild Schröder (Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“)

Hartmut Liebermann (Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“)